



GED Focus Paper

Deutschlands Exportüberschüsse – Fluch oder Segen?

INHALT

1. DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	5
<hr/>	
2. LEISTUNGSBILANZ- UND EXPORTÜBERSCHÜSSE – WORUM GEHT ES?	8
<hr/>	
3. URSACHEN DER DEUTSCHEN EXPORTÜBERSCHÜSSE	11
<hr/>	
3.1. Stagnierende Binnennachfrage mit Überproduktionskapazitäten	11
3.2. Geringer Anstieg der Lohnstückkosten	14
3.3. Geringer Aufwertungsdruck infolge der Euro-Mitgliedschaft	15
3.4. Zwischenfazit	16
4. BEWERTUNG DER DEUTSCHEN EXPORTÜBERSCHÜSSE	17
<hr/>	
4.1. Verteilung der Einkommenszuwächse aus Exportüberschüssen	17
4.2. Exportüberschuss bedeutet Export der Arbeitslosigkeit	18
4.3. Exportabhängigkeit erhöht Abhängigkeit von globaler Wirtschaftsentwicklung	19
4.4. Leistungsbilanzdefizit zur Erhöhung der Produktionskapazitäten	22
4.5. Zwischenfazit	22
5. STRATEGIEN ZUM ABBAU DES EXPORTÜBERSCHUSSES	23
<hr/>	
5.1. Einfache Lösungen sind nicht erfolgversprechend	23
5.2. Notwendig ist ein Maßnahmenmix	24
6. FAZIT UND AUSBLICK	31
<hr/>	
7. LITERATUR	32
<hr/>	
IMPRESSUM	34
<hr/>	

DEUTSCHLANDS EXPORTÜBERSCHÜSSE – FLUCH ODER SEGEN?

Thieß Petersen, Oktober 2015

Seit dem Beginn der 2000er Jahre erwirtschaftet Deutschland hohe Exportüberschüsse. Was in Deutschland als arbeitsplatzsichernder Erfolg begrüßt wird, stößt im Rest der Welt zunehmend auf Kritik. Vor allem im europäischen Ausland wird der Vorwurf immer lauter, dass deutsche Exporte heimische Produkte verdrängen und so die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern erhöhen. Im Folgenden beschreiben wir die Ursachen und Konsequenzen der deutschen Exportüberschüsse und diskutieren mögliche Wege zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte.

1. DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Bei einem Exportüberschuss lebt ein Land unter seinen Verhältnissen, weil nicht alle hergestellten Güter verbraucht werden. Das Land baut dadurch **Vermögen** gegenüber dem Ausland auf. Zudem erreicht es ein höheres **Beschäftigungsniveau**, was sich über geringere Ausgaben im Bereich der Arbeitslosigkeit und höhere Steuereinnahmen positiv auf die **Staatsfinanzen** auswirkt.

Bei einem **Leistungsbilanzdefizit** ergeben sich spiegelbildliche Konsequenzen. Falls die Defizitländer wegen des ökonomischen Problemdrucks protektionistische Maßnahmen ergreifen, kann dies zu einem globalen **Protektivismuswettbewerb** führen, der die Exportmöglichkeiten aller Länder reduziert und die Arbeitslosigkeit weltweit ansteigen lässt.

Ein Blick auf die Handelsbilanzsaldo der letzten vier Jahre zeigt, dass Deutschland, China, Japan und die Niederlande Volkswirtschaften sind, die hohe Überschüsse aufweisen. Aufgrund der absoluten Höhe werden vor allem die **deutschen Exportüberschüsse** international zunehmend kritisiert.

Für die Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft gibt es im Kern **drei Ursachen**:

- Eine **stagnierende Binnennachfrage**: Hohe Produktionskapazitäten treffen auf eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche der

privaten Sektoren. Die im Inland produzierten Gütermengen werden nicht vollkommen von den Konsumenten und Investoren benötigt und stehen für einen Exportüberschuss bereit.

- Eine im internationalen Vergleich **günstige Entwicklung der Lohnstückkosten**: Die überschüssigen Güter werden auch vom Ausland nachgefragt, weil diese Güter wegen der Lohnzurückhaltung preislich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben.
- Die **Mitgliedschaft in der Währungsunion**: Wegen dieser Mitgliedschaft unterbleibt eine Aufwertung der deutschen Währung, die im Fall eines flexiblen Wechselkurses der heimischen Währung den Exportüberschuss abbauen würde.

Da die Produktionsmöglichkeiten dauerhaft größer sind als die heimische Güternachfrage und eine Aufwertung der deutschen Währung unterbleibt, sind die Exportüberschüsse Deutschlands **dauerhaft** geworden. Hieraus ergeben sich zwei zentrale Herausforderungen:

- Dem höheren Beschäftigungsniveau des Exportüberschusslandes Deutschland stehen geringere Beschäftigungsniveaus in den Ländern mit einem Importüberschuss gegenüber. So gesehen **exportiert Deutschland seine Arbeitslosigkeit**.

- Wegen der hohen Exportquote hängt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands besonders stark von der weltweiten Konjunktur-entwicklung ab. Bei einem starken **Einbruch der Weltwirtschaft** kommt es zu überdurchschnittlichen Produktionseinbrüchen (z. B. im Zuge der Lehman-Pleite). Sollte die Weltwirtschaft zukünftig langsamer wachsen (z. B. weil die Konjunkturlokomotive China ausfällt), schlägt die schwache Binnennachfrage auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch.

Ein Abbau der deutschen Leistungsüberschüsse lässt sich über eine Steigerung der Binnennachfrage und eine Erhöhung der Importe erreichen. Für beide Strategien gibt es einige **einfache Lösungsvorschläge**, die jedoch **kaum wirksam** sein dürften.

- **Lohnsteigerungen:** Stärkere Lohnzuwächse kurbeln die Konsumnachfrage an, die sich jedoch nicht durch staatliche Maßnahmen erreichen lässt, denn in Deutschland ist die Lohnfindung Aufgabe der Tarifparteien. Lediglich der seit dem 1. Januar 2015 geltende flächendeckende gesetzliche Mindestlohn stellt ein staatliches Instrument dar, das die Kaufkraft steigern kann.
- **Senkung der Sparquote:** Geringere Ersparnisse der privaten Haushalte steigern die Konsumnachfrage. Da allerdings die Beschäftigten in

Deutschland vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte verstärkt private Altersvorsorge betreiben müssen, wäre diese Maßnahme langfristig betrachtet kontraproduktiv.

- **Steigerung der privaten Investitionen:** Höhere Investitionen, die die Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Wertschöpfung sind, wären nicht nur ein Instrument zum Abbau der deutschen Exportüberschüsse, sondern zudem ein Beitrag zur Stärkung der langfristigen ökonomischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Wenn den Investoren die Renditeerwartungen im Inland jedoch zu gering sind, kann der Staat in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft keine höheren Investitionen verordnen. Hilfreich könnten Steuerermäßigungen für Investitionen sein. Sie führen jedoch zu sinkenden Staatseinnahmen, die einen Anstieg der Staatsverschuldung bewirken. Angesichts der beschlossenen Schuldenbremse ist dies kein dauerhaft gangbarer Weg.
- Eine **kreditfinanzierte Steigerung der staatlichen Ausgaben** für Güter und Dienstleistungen scheidet aus den selben Gründen aus.

Dennoch ist die Wirtschaftspolitik nicht handlungsunfähig. Es bieten sich fünf Maßnahmen an, die jedoch zum Teil relativ **massive Verände-**

rungen des **Status quo** darstellen und zudem erhebliche Verteilungswirkungen haben können.

1. Die **Dynamisierung des Dienstleistungssektors**, dessen Regulierung in Deutschland besonders hoch ist. Die Beseitigung bestehender Zugangsbeschränkungen lässt eine Erhöhung der Investitionen sowie eine Steigerung der Produktivität erwarten, die auch mit einem Anstieg der gezahlten Löhne und Gehälter einhergehen sollte.
2. Die **Steigerung** der deutschen **Importe**. Traditionelle Instrumente hierfür sind Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse. Als Mitglied der Europäischen Union sind Deutschlands Handlungsspielräume hier jedoch begrenzt. Möglich wäre ein Abbau der Subventionen im Bereich der Landwirtschaft. Derartige Subventionen stellen eine Wettbewerbsverzerrung dar, die zu Lasten der ausländischen Anbieter landwirtschaftlicher Produkte geht.
3. Eine stärkere **finanzielle Belastung** sowohl für die Nutzung **natürlicher Ressourcen** als auch für **CO₂-Emissionen**, um die damit verbundenen negativen externe Effekte zu internalisieren. Die damit verbundene Preissteigerung würde die Exporte Deutschlands reduzieren und die Importe erhöhen. Zudem würde der Anreiz steigen, die Produktion in Deutschland auf umwelt- und ressourcenschonende Verfahren umzustellen. Die damit notwendige Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft wäre mit erheblichen Investitionen in entsprechende Technologien verbunden. Diese Investitionen könnten die heimische Nachfrage erhöhen und daher in der Lage sein, den Nachfragerückgang der sinkenden Exporte zu kompensieren.
4. Eine **Steuerreform**, bei der höhere Einkommen stärker belastet und geringere Einkommen entlastet werden. Dies würde die Kaufkraft von Personen mit einer hohen Sparneigung an Personen mit einer hohen Konsumneigung transferieren und so die Binnennachfrage steigern.
5. Die **Erhöhung** der **öffentlichen Investitionen**. Es gibt eine Reihe von Bereichen mit gesellschaftlichen Bedarfen, die wegen einer zu geringen privaten Rendite jedoch nicht von privaten Investoren durchgeführt werden: Verkehrsinfrastruktur, Netzinfrastuktur in den Bereichen Energie, Abwasserentsorgung und Breitbandausbau, Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien, Ausbau des Bildungssektors in allen Bildungsbereichen, Grundlagenforschung und die Entwicklung von Basisinnovationen, Maßnahmen zum Umgang mit der globalen Erwärmung und Maßnahmen zur besseren Integration von Migranten.

2. LEISTUNGSBILANZ- UND EXPORTÜBERSCHÜSSE – WORUM GEHT ES?

Die Leistungsbilanz erfasst neben den Exporten und Importen von Gütern und Dienstleistungen auch grenzüberschreitende Einkommens- und Transferzahlungen. Exporte und Importe machen dabei den größten Teil der Leistungsbilanz aus, sodass die Begriffe Leistungsbilanzüberschuss und Exportüberschuss hier synonym verwendet werden.

Wenn ein Land einen **Exportüberschuss** erwirtschaftet, lebt es unter seinen Verhältnissen, weil nicht alle hergestellten Güter verbraucht werden. Dieser Zustand hat zwei wesentliche Vorteile:

- Zum einen gibt das Land im Außenhandel weniger Geld aus, als es einnimmt. Ein Exportüberschuss hat daher einen **Vermögensaufbau** gegenüber dem Ausland zur Folge. Dieser kann sich entweder in Form von Aktien, Staatsanleihen, Forderungen etc. äußern oder in Form von Gold und Devisen. Aus den Vermögensbeteiligungen resultieren Einkommen, z. B. Dividenden oder Zinseinnahmen, die die Konsummöglichkeiten steigern.
- Zum anderen – und dieser Aspekt dürfte der wichtigere sein – hat ein Leistungsbilanzüberschuss positive Auswirkungen auf den **Arbeitsmarkt**: Das Land produziert mehr Güter, als es verbraucht. Würde dieses Land nur die Dinge herstellen, die es selbst benötigt, wäre dies mit einem geringeren Einsatz von Arbeitskräften verbunden. Der Ex-

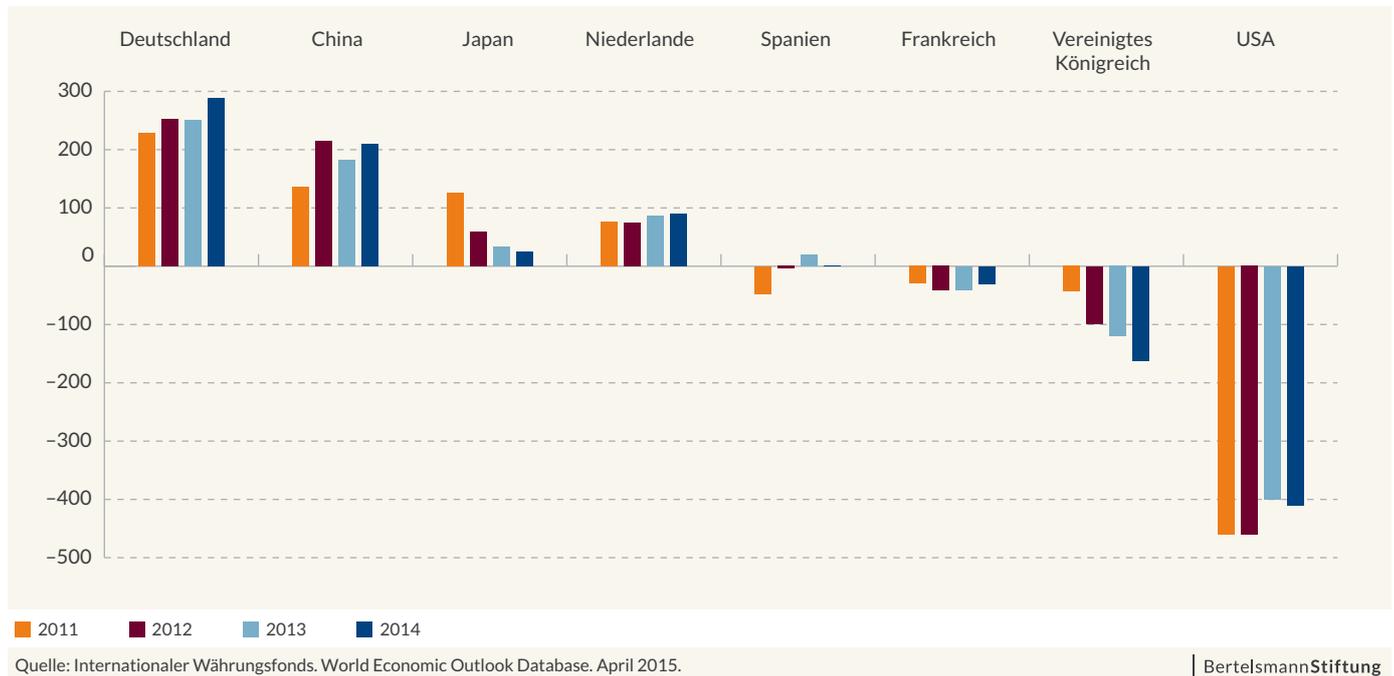
portüberschuss hat daher eine geringere Arbeitslosigkeit zur Folge, was wiederum die **öffentlichen Kassen** über geringere Ausgaben im Bereich der Arbeitslosigkeit und durch höhere Steuereinnahmen entlastet.

Für ein Land mit einem **Leistungsbilanzdefizit** ergeben sich spiegelbildliche Konsequenzen: Das Land lebt über seinen Verhältnissen, was für die heimischen Konsumenten zunächst einmal positiv ist. Allerdings muss sich die Volkswirtschaft entweder im Ausland verschulden oder Teile des heimischen Vermögens an das Ausland abtreten. Zudem hat das Leistungsbilanzdefizit negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, da sinkende Staatseinnahmen und höhere Transferausgaben zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung führen.

Obwohl Leistungsbilanzungleichgewichte somit vor allem für die Defizitländer ein Problem sind, ergeben sich auch für die Überschussländer Risiken. Die starke **Exportabhängigkeit** macht die betreffende Volkswirtschaft extrem anfällig für konjunkturelle Einbrüche im Rest der Welt. Die Einnahmeüberschüsse aus dem Handel mit dem Rest der Welt können die **Inflation** in dem Land mit einem Exportüberschuss antreiben. Das Vermögen gegenüber dem Ausland verliert an Wert, wenn es zu einem Bankrott der betreffenden Unternehmen bzw. des Staates kommt oder wenn die Währung des Auslands stark abgewertet wird. In beiden Fällen hätte das Überschussland seine Güter

Abbildung. 1: Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder

in Milliarden US-Dollar, Werte des Jahres 2014: Schätzwerte.



gegen **wertlose Forderungen** eingetauscht und im Extremfall letztendlich verschenkt.

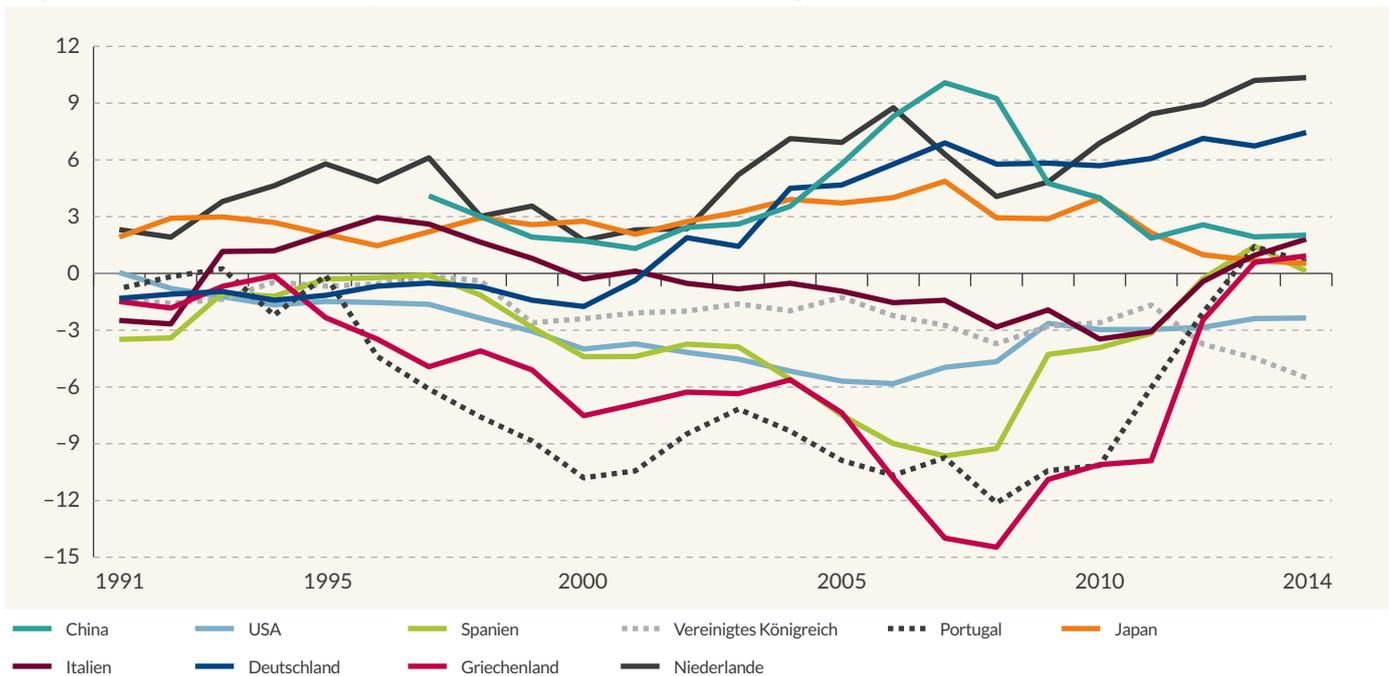
Schließlich droht die Gefahr eines weltweit wachsenden Protektionismus. Sofern sich in den Defizitländern der ökonomische Problemdruck immer weiter erhöht (steigende Arbeitslosigkeit mit sozialen Folgeproblemen und steigende Verschuldung im Ausland), besteht die Gefahr, dass die Defizitländer darauf mit protektionistischen Maßnahmen reagieren. Dies führt häufig zu entsprechenden Reaktionen ihrer Handelspartner, die ebenfalls Handelsbeschränkungen einsetzen.

Im Ergebnis kann dies zu einem globalen **Protektionismuswettbewerb** führen, der die Exportmöglichkeiten aller Länder reduziert und die Arbeitslosigkeit weltweit ansteigen lässt.

Ein Blick auf die Leistungsbilanzsalden der vergangenen vier Jahre zeigt, dass Deutschland, China, Japan und die Niederlande die Volkswirtschaften sind, die absolut betrachtet die höchsten Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Die USA sind mit Leistungsbilanzdefiziten in Höhe von 400 bis 460 Milliarden US-Dollar in den Jahren 2011 bis 2014 das Land mit dem größten Defizit (siehe Abb. 1).

Abbildung 2: Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder

Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Werte des Jahres 2014 (und für einige Länder auch 2013): Schätzwerte.



Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database. April 2015.

BertelsmannStiftung

Für internationale Vergleiche werden die Leistungsbilanzsalden in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt des Landes gesetzt. Bei dieser Betrachtung relativieren sich einige der Leistungsbilanzsalden (siehe Abb. 2). Das Leistungsbilanzdefizit der USA ist mit rund 2,5 bis drei Prozent in den letzten Jahren geringer als beispielsweise das griechische Leistungsbilanzdefizit, das in den Jahren 2007 und 2008 bei jeweils rund 14 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts lag. Die Niederlande erreichten zwischen 2011 und 2014 Leistungsbilanzüberschüsse in Höhe von acht bis zehn

Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts, die über den deutschen Überschüssen in Höhe von sechs bis 7,5 Prozent liegen. Aufgrund der absoluten Höhe sind es jedoch die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, die international zunehmend kritisiert werden.

3. URSACHEN DER DEUTSCHEN EXPORTÜBERSCHÜSSE

Für die Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft gibt es im Kern vier Ursachen: ein qualitativ hochwertiges Produktangebot, eine stagnierende Binnennachfrage, eine im internationalen Vergleich überaus günstige Entwicklung der Lohnstückkosten und die Mitgliedschaft in der Währungsunion. Die drei letztgenannten Ursachen spielen eine zentrale Rolle, weil sie einen Ausgleich des deutschen Leistungsbilanzüberschusses blockieren (siehe Box 1).

3.1. STAGNIERENDE BINNEN-NACHFRAGE MIT ÜBERPRODUKTIONSKAPAZITÄTEN

Für eine **stagnierende private Binnen-nachfrage** gibt es verschiedene Gründe (vgl. ausführlicher Petersen 2015).

- Ein Grund ist **demographischer Natur**: Wenn die Bevölkerung eines Landes nicht mehr wächst oder sogar schrumpft, wirkt sich das negativ auf die Güternachfrage aus. Eine sinkende Bevölkerungszahl bedeutet weniger Konsumenten, sodass die Nachfrage nach Sachgütern und Dienstleistungen zurückgeht.
- Auch eine **wachsende Einkommensungleichheit** dämpft die heimische Güternachfrage. Eine steigende Einkommensungleichheit hat zur Folge, dass immer größere Anteile des gesamtgesellschaftlichen Einkommens an einkom-

BOX 1 | MECHANISMEN EINES AUTOMATISCHEN LEISTUNGSBILANZAUSGLEICHS

Ein Leistungsbilanzausgleich erfolgt bei einem flexiblen Wechselkurs über eine Wechselkursänderung. Wenn ein Land einen Leistungsbilanzüberschuss aufweist, bedeutet dies, dass es eine hohe Nachfrage nach der Währung dieses Landes gibt, weil Exporte letztendlich immer in der Währung des Exportlandes bezahlt werden müssen. Der Exportüberschuss bewirkt damit eine Aufwertung der heimischen Währung. Diese verteuert die Exporte, was zu einem Exportrückgang führt. Zudem verbilligt die Aufwertung die Produkte aus dem Ausland, was eine Importzunahme zur Folge hat. Beide Entwicklungen wirken auf einen tendenziellen Ausgleich von Exporten und Importen hin. Im Fall eines Leistungsbilanzdefizits kommt es zu einer Abwertung, die die Exportchancen des Landes verbessert, die Importnachfrage wegen der Vertauung der ausländischen Waren verringert und so das Leistungsbilanzdefizit über steigende Exporte und sinkende Importe ebenfalls abbaut.

Im Fall **fester Wechselkurse** – oder im Fall einer Währungsunion mit einer Einheitswährung wie dem Euro – erfolgt der Ausgleich von Exporten und Importen vor allem über Preisänderungen. In einem Überschussland kommt es tendenziell zu einer Preissteigerung, die die Exporte verteuert. Diese Preissteigerung resultiert aus der hohen Nachfrage nach Gütern des Überschusslandes. Zudem bedeutet die hohe Exportnachfrage eine hohe Nachfrage nach Produktionsfaktoren, was zu einem Anstieg der Löhne und Zinsen führt. Schließlich erhöht der Zufluss an Devisenbeständen die Geldmenge, was inflationäre Tendenzen zur Folge hat und so einen generellen Preisanstieg bewirkt. Die Preissteigerung führt zu einem Rückgang der Exportgüternachfrage. Gleichzeitig werden die heimischen Konsumenten verstärkt auf die – relativ gesehen – preiswerteren Produkte aus dem Ausland zurückgreifen, sodass die Importe zunehmen. In einem Defizitland stellt sich die entgegengesetzte Preisentwicklung ein, sodass dort die Exportgüternachfrage steigt und die Importgüternachfrage sinkt (die Ausführungen zum Leistungsbilanzausgleich sind Petersen 2013b entnommen).

mensreiche Haushalte fließen. Diese zeichnen sich in der Regel durch eine überdurchschnittlich hohe Sparquote aus. Die Ersparnisse der Gesellschaft werden somit größer. Ersparnisse bedeuten, dass die Güternachfrage zurückgeht. Wenn dieser Nachfrageausfall nicht durch entsprechend hohe Investitionsausgaben kompensiert wird, kommt es zu einem gesamtgesellschaftlichen Nachfragerückgang.

- Hohe Ersparnisse sind für sich genommen noch keine Wachstumsbremse, weil die fehlende Konsumgüternachfrage durch entsprechende Investitionen ausgeglichen werden kann. In entwickelten Volkswirtschaften ist der **Kapitalbestand** jedoch **bereits sehr hoch**, sodass der Investitionsbedarf tendenziell gering ist. Wenn dann noch die Konsumnachfrage nachlässt, gibt es keine Anreize für weitere Investitionen. Der Konsumnachfrageausfall wird folglich nicht durch neue Investitionen kompensiert.
- **Sättigungstendenzen** verstärken die gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückgänge. In hoch entwickelten Volkswirtschaften verfügen die Menschen über einen hohen materiellen Lebensstandard. Früher oder später setzen Sättigungstendenzen ein. Sie betreffen zunächst Lebensmittel, später aber auch andere Konsumgüter. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der ge-

samtwirtschaftlichen Ersparnisse am BIP zu, was mit einem Rückgang der Konsumquote einhergeht. Investitionen sind dann nicht mehr lohnend, weil die mit ihnen zusätzlich produzierbaren Produkte keine Käufer finden. Sättigungstendenzen bewirken somit eine nachfrageseitige Stagnationstendenz.

- Schließlich kann auch eine **wachsende Arbeitsplatzunsicherheit** zu einem Anstieg der Ersparnisse. Wenn im Zuge einer höheren Arbeitsmarktflexibilität Arbeitnehmerschutzrechte abgebaut werden und die Arbeitsplatzunsicherheit steigt, können die Beschäftigten aus Vorsichtsgründen ihre Ersparnisse erhöhen. Die Erhöhung des Vorsorgesparens reduziert die heimische Konsumnachfrage (vgl. Coricelli, Ravasan und Wörgötter 2013: 25).

Im Ergebnis bedeutet eine **nachlassende private Nachfrage** der heimischen Konsumenten und Investoren – unabhängig davon, ob sie auf einen Bevölkerungsrückgang, Sättigungstendenzen, eine zunehmende Einkommensungleichheit oder eine hohe Kapitalausstattung zurückzuführen ist –, dass die Gesellschaft nicht alle im Inland produzierten Sachgüter und Dienstleistungen selbst benötigt und somit unter ihren Verhältnissen lebt. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass die inländischen Produktionskapazitäten größer sind als die inländische Güternachfrage. Ohne einen

(Netto-)Export von Gütern müsste das Inland seine Produktion reduzieren. Damit würde sich auch die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Deutschland ist – neben Japan – ein Land, in dem viele dieser die Nachfrage senkenden Ursachen anzutreffen sind: Deutschlands Bevölkerung schrumpft und altert gleichzeitig. Es ist eine hoch entwickelte Volkswirtschaft mit einem hohen Lebensstandard, was auf Sättigungstendenzen schließen lässt. Die Einkommensungleichheit ist seit Mitte der 1980er Jahre größer geworden. Schließlich verfügt Deutschland über einen hohen privaten Kapitalbestand, der zu einem geringen Bedarf an privaten Investitionen führt. Alles dies führt zu einer gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschwäche.

Die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, die in einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft zu einer sinkenden Binnennachfrage und damit gleichzeitig zu Überproduktionskapazitäten führen, sind schematisch in Abb. 3 dargestellt. Der Zusammenhang zwischen einer inländischen Nachfragezurückhaltung und einem Exportüberschuss wird in Box 2 erklärt.

BOX 2 | MAKROÖKONOMISCHE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN BINNENNACHFRAGE UND EXPORTÜBERSCHÜSSEN

Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich einige grundlegende makroökonomische Zusammenhänge (vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen Petersen 2013a: 87–96): Die von einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres produzierte Menge an Gütern – also das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – kann entweder von den privaten Haushalten konsumiert werden (C), als Investition für die Vergrößerung des Produktionsapparates verwendet werden (I), vom Staat verbraucht werden (G) oder ins Ausland exportiert werden (EX). Die Konsummöglichkeiten des Inlands werden durch den Import von Gütern aus dem Ausland (IM) erweitert. Damit gelten definitionsgemäß folgende Zusammenhänge:

$$(1) \text{ BIP} + \text{IM} = \text{C} + \text{I} + \text{G} + \text{EX} \text{ bzw. } \text{BIP} = \text{C} + \text{I} + \text{G} + \text{EX} - \text{IM}$$

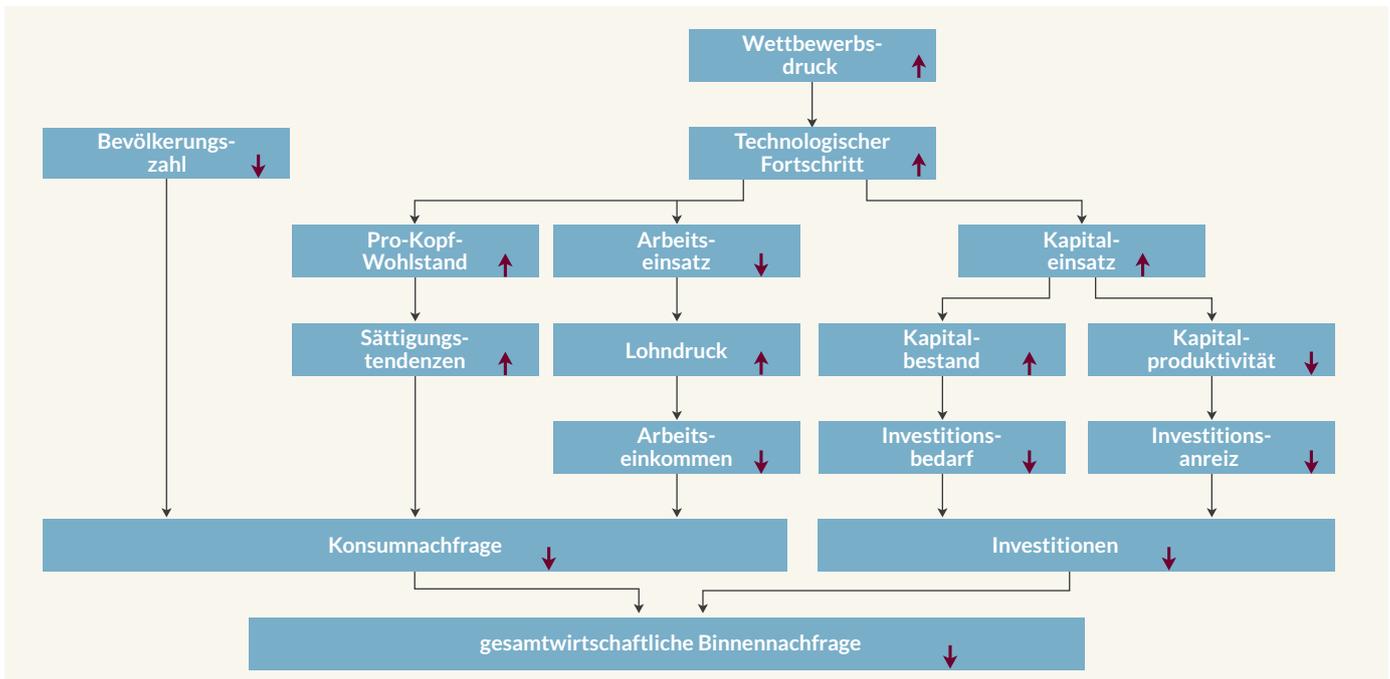
$$(2) \text{ BIP} - (\text{C} + \text{I} + \text{G}) = (\text{EX} - \text{IM})$$

$$(2a) \text{ BIP} > (\text{C} + \text{I} + \text{G}) \implies (\text{EX} - \text{IM}) > 0$$

$$(2b) \text{ BIP} < (\text{C} + \text{I} + \text{G}) \implies (\text{EX} - \text{IM}) < 0$$

Im Fall (2a) lebt die Gesellschaft unter ihren Verhältnissen, weil sie nicht alle Güter verbraucht, die sie hergestellt hat. Die nicht verbrauchten Güter werden ins Ausland exportiert. Die Volkswirtschaft weist somit einen Exportüberschuss auf. Der Exportüberschuss ist darauf zurückzuführen, dass die inländischen Wirtschaftssektoren – private Haushalte, Unternehmenssektor und Staat – nicht alle im Inland hergestellten Produkte verbrauchen. Gemessen an der effektiven gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage des Inlands sind die Produktionsmöglichkeiten bzw. die produzierte Gütermenge zu groß.

Abbildung 3: Schematische Darstellung der Wirkungsmechanismen, die zur langfristigen Stagnation der Binnennachfrage führen



Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

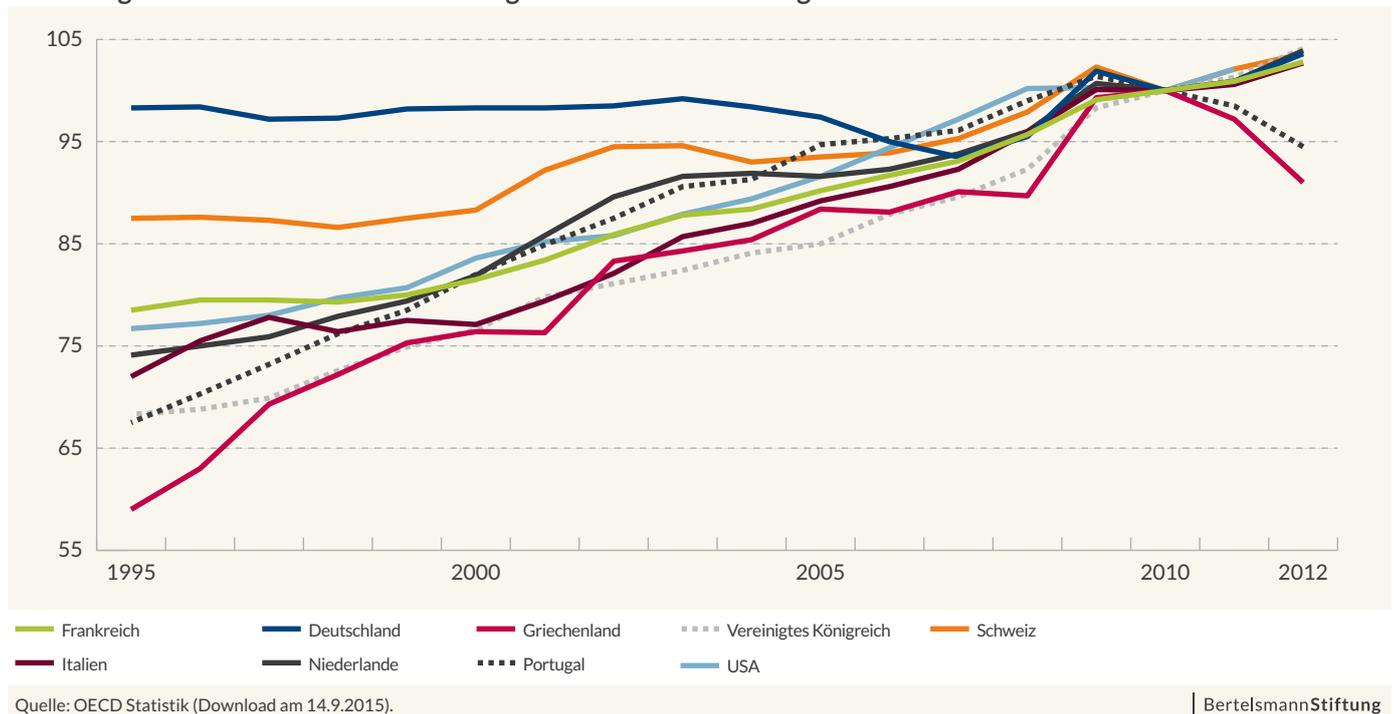
3.2. GERINGER ANSTIEG DER LOHNSTÜCKKOSTEN

Die stagnierende private Binnennachfrage hat zur Folge, dass die im Inland hergestellte Menge an Sachgütern und Dienstleistungen größer ist als die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage. Damit stehen Güter für einen Exportüberschuss bereit. Damit diese Produkte im Ausland gekauft werden, müssen sie qualitativ und preislich wettbewerbsfähig sein. Ein wichtiger Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind die **Lohn-**

stückkosten. Diese waren in Deutschland in der Zeit von 1995 bis 2011 nahezu konstant (siehe Abb. 4). In den meisten restlichen Industrieländern sind sie innerhalb dieses Zeitraums hingegen um 30 bis 40 Prozent gestiegen.

Ursache für den geringen Anstieg der deutschen Lohnstückkosten ist eine Kombination aus technologischem Fortschritt, der die Arbeitsproduktivität gesteigert hat, sowie einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften. Ob letztere freiwillig

Abbildung 4: Lohnstückkostenentwicklung im internationalen Vergleich



erfolgte oder der sinkenden Zahl von Mitgliedern inklusive eines generellen Rückgangs der Tarifbindung und einer damit einhergehenden Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht zuzuschreiben ist, sei dahingestellt. Entscheidend ist, dass die geringen Lohnanstiege zu geringen Preisanstiegen führen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte erhöhten und so die Exporte steigern.

3.3. GERINGER AUFWERTUNGS-DRUCK INFOLGE DER EURO-MITGLIEDSCHAFT

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt nicht nur von den Lohnstückkosten ab, sondern auch vom Wechselkurs der heimischen Währung. Normalerweise führen Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse dazu, dass die Währung des exportierenden Landes stark nachgefragt wird. Dies führt zu einer **Aufwertung** der heimischen Währung. Diese Aufwertung verteuert wiederum die Produkte des Exportlandes im Rest der Welt und re-

duziert so dessen Exporte. Gleichzeitig verbilligen sich Produkte aus dem Rest der Welt im Exportland, sodass ein Leistungsbilanzüberschuss über sinkende Exporte und steigende Importe abgebaut wird. Der Wettbewerbsvorteil einer Lohnzurückhaltung wird also durch die Aufwertung der heimischen Währung reduziert bzw. sogar vollkommen kompensiert. Der flexible Wechselkurs führt somit automatisch zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz.

Die **Mitgliedschaft in der Währungsunion** hat zur Folge, dass Deutschland nicht mehr über eine eigene Währung verfügt. Seit der Euro-Einführung ist der Ausgleichsmechanismus entfallen, d. h. Deutschlands Exportstärke wird nicht mehr durch eine Aufwertung der eigenen Währung reduziert. In einer 2013 von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichten Studie wurde berechnet, dass es ohne den Euro – also im Fall einer Beibehaltung der DM – seit der Euro-Einführung zu einer realen Aufwertung einer eigenständigen deutschen Währung um 23 Prozent und einer realen Abwertung des Euro um sieben Prozent gekommen wäre (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013: 11).

Für die europäischen Defizitländer der Euro-Zone gilt Entsprechendes: Sie können ihre geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch eine Abwertung der eigenen Währung kompensieren. Notwendig wäre stattdessen eine Senkung der Preise und damit auch der Löhne.

Da Lohnsenkungen jedoch zu sozialen Verwerfungen führen können, unterbleiben sie häufig. Der Wettbewerbsnachteil eines Landes äußert sich dann in einem **dauerhaften** Leistungsbilanzdefizit.

3.4. ZWISCHENFAZIT

Zusammenfassend lassen sich die dauerhaften deutschen Exportüberschüsse der letzten Jahre also wie folgt erklären: Die hohen und durch Produktivitätsfortschritte wachsenden Produktionskapazitäten treffen auf eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche der privaten Sektoren. Dieses Überangebot verhindert, dass die Exportnachfrage zu einem Preisanstieg führt, der die deutschen Produkte verteuert und so den Exportüberschuss abbaut. Die im Inland produzierten Gütermengen werden nicht vollkommen von den Konsumenten und Investoren benötigt und stehen für einen Exportüberschuss bereit. Die überschüssigen Güter werden auch vom Ausland nachgefragt, weil diese Güter wegen der Lohnzurückhaltung preislich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben. Wegen der Mitgliedschaft im Euro unterbleibt eine Aufwertung der deutschen Währung, die im Fall eines flexiblen Wechselkurses der heimischen Währung den Exportüberschuss abbauen würde. Damit werden die beiden in Box 1 genannten Mechanismen zum Ausgleich der Leistungsbilanz nicht wirksam, sodass die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands **dauerhaft** werden.

4. BEWERTUNG DER DEUTSCHEN EXPORTÜBERSCHÜSSE

Für Deutschland ergeben sich die oben genannten positiven Effekte, vor allem ein höheres Niveau der wirtschaftlichen Wertschöpfung, ein höheres Beschäftigungsniveau und der Aufbau von Vermögen gegenüber dem Ausland. Beim Vermögensaufbau gegenüber dem Ausland ist jedoch die ebenfalls schon genannte Gefahr eines teilweisen oder sogar vollständigen Forderungsverlusts zu beachten. Dies ist den deutschen Anlegern seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 widerfahren: „Während sich inländische Anlagen als weitgehend wertstabil erwiesen, haben Investitionen etwa in ausländische Immobilienmärkte oder Staatstitel stark an Wert verloren. Rund 400 Milliarden Euro haben deutsche Investoren seit 1999 auf ihr Auslandsvermögen verloren, was etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht“ (Bach et al 2013b: 12). Daneben gibt es weitere nachteilige Entwicklungen, die zu einer Kritik an den Exportüberschüssen Deutschlands führen.

4.1. VERTEILUNG DER EINKOMMENSZUWÄCHSE AUS EXPORTÜBERSCHÜSSEN

Bezüglich des höheren Produktions- und Einkommensniveaus ist jedoch in Frage zu stellen, ob von diesen positiven Effekten auch tatsächlich große Teile der Bevölkerung profitieren oder ob die Einkommensgewinne letztendlich nur einigen wenigen Personen – vor allem den Beziehern von

Kapitaleinkommen – zu Gute kommen. Unzweifelhaft zeichnet sich die Einkommensverteilung in Deutschland seit Beginn der 2000er Jahre dadurch aus, dass die Einkommen aus Vermögen und Unternehmenstätigkeit wesentlich stärker gestiegen sind als die Arbeitseinkommen (vgl. Räth und Braakmann 2014: 21), was vor allem auf die bereits erwähnte Lohnzurückhaltung zurückzuführen ist. Dies könnte zu der Einschätzung führen, dass die Beschäftigten keine Einkommensvorteile aus dem exportgetriebenen Wirtschaftswachstum ziehen. Allerdings sind hierbei zwei Aspekte zu berücksichtigen:

- Erstens besteht die Gefahr, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland ohne die hohen Exporte höher wäre, was für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen mit Einkommenseinbußen verbunden wäre.
- Zweitens weisen neuere Studien darauf hin, dass exportierende Unternehmen ihren Beschäftigten höhere Löhne zahlen als die Unternehmen, die nicht exportieren. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt bezüglich der unterschiedlichen Lohnhöhe zwischen exportierenden und nicht-exportierenden Betrieben in Deutschland für die Jahre 1996 bis 2008 zu folgender Einschätzung: „Der durchschnittliche Lohnunterschied beläuft sich auf 5 bis 10 Prozent und ist im Zeitablauf gestiegen“ (Hauptmann und

Schmerer 2012: 7). Eine Studie des ifo Instituts für die Bertelsmann Stiftung hat für Deutschland Exporteur-Lohnprämien berechnet, die zwischen 1999 und 2010 zwischen elf und maximal 16 Prozent lagen (Bertelsmann Stiftung 2015a: 29).

Im Ergebnis lassen sowohl die positiven Arbeitsmarkteffekte als auch die Lohnzuschläge, die exportierende Unternehmen ihren Beschäftigten zahlen, den Schluss zu, dass die Exportüberschüsse die Einkommenssituation der Erwerbstätigen verbessern.

4.2. EXPORTÜBERSCHUSS BEDEUTET EXPORT DER ARBEITSLOSIGKEIT

Eine andere kritische Bewertung der Exportüberschüsse Deutschlands resultiert aus dem Umstand, dass diesen Überschüssen Leistungsbilanzdefizite anderer Länder gegenüberstehen, die die entsprechenden negativen Konsequenzen tragen. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten gibt Anlass zur Kritik, weil Deutschland mit seinen Exportüberschüssen auch seine **Arbeitslosigkeit exportiert**.

Das exportgetriebene Wachstum Deutschlands ist aber für den Rest der Welt nicht nur negativ. Zu berücksichtigen ist, dass die mit diesem Wachstum verbundene Einkommenssteigerung in Deutschland zu einer höheren

Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen führt, die sich auch auf Produkte aus dem Ausland bezieht. Daher sind die deutschen Importe in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen: 1991 und 1992 hatten Deutschlands Importe einen Wert von rund 380 Milliarden Euro. In den Jahren 2012 und 2013 lag dieser Wert hingegen bei über 1.250 Milliarden Euro und 2014 sogar bei rund 1.330 Milliarden Euro (vgl. Statistischen Bundesamt 2015: 145).

Diese Steigerung der Nachfrage nach ausländischen Produkten hat im Ausland die Produktion erhöht und somit auch die Beschäftigung stabilisiert. Deutschland hat sich so zur **Konjunkturlokomotive Europas** entwickelt. Die Bedeutung Deutschlands für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa äußert sich auch darin, dass in den deutschen Exporten **importierte Vorleistungen** aus dem Ausland enthalten sind. Nach Berechnungen der OECD bestand im Jahr 2009 rund ein Viertel der deutschen Exporte aus diesen Vorleistungen. Im Fahrzeugbau lag der Anteil sogar bei 35 Prozent (vgl. Kuhn 2013: 4).

Vor allem die europäischen Nachbarstaaten profitieren hiervon, denn je näher ein Land an Deutschland liegt, desto intensiver ist der Handel mit Vorleistungen und desto höher ist der Wertschöpfungsanteil dieses Landes an den Exporten Deutschlands (vgl. Aichele, Felbermayr und Heiland 2013: 37). Über die intra-europäischen Zulieferbeziehungen profitieren also auch

die Unternehmen von den deutschen Exporten, die Vorleistungen an exportierende Unternehmen aus Deutschland liefern. So sorgte beispielsweise im Jahr 2012 die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungen EU-weit für rund 3,5 Millionen Arbeitsplätze (vgl. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. 2014: 1).

Trotz der positiven Arbeitsmarkteffekte der importierten Vorleistungen ist auch festzuhalten, dass die Arbeitsmarkteffekte bei einer ausgeglichenen deutschen Leistungsbilanz mit höheren Importen im Rest der Welt noch höher wären.

Im Ergebnis gilt also die im ersten Abschnitt genannte Feststellung, dass Deutschland ohne seine Exportüberschüsse weniger Produkte herstellen würde und damit auch ein geringeres Beschäftigungsniveau hätte. Sofern die deutschen Exporte von den ausländischen Konsumenten und Investoren als Substitute für heimische Produkte angesehen werden, geht der deutsche Exportüberschuss im Ausland mit einem geringeren Beschäftigungsniveau einher.

Selbstverständlich sind die Leistungsbilanzdefizite des Auslands auch auf die geringe qualitative und preisliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder zurückzuführen. Die Forderung, diese Länder sollten ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, ist daher zutreffend. Allerdings kann der Rest der Welt seine Leistungsbilanzdefizite nur abbauen,

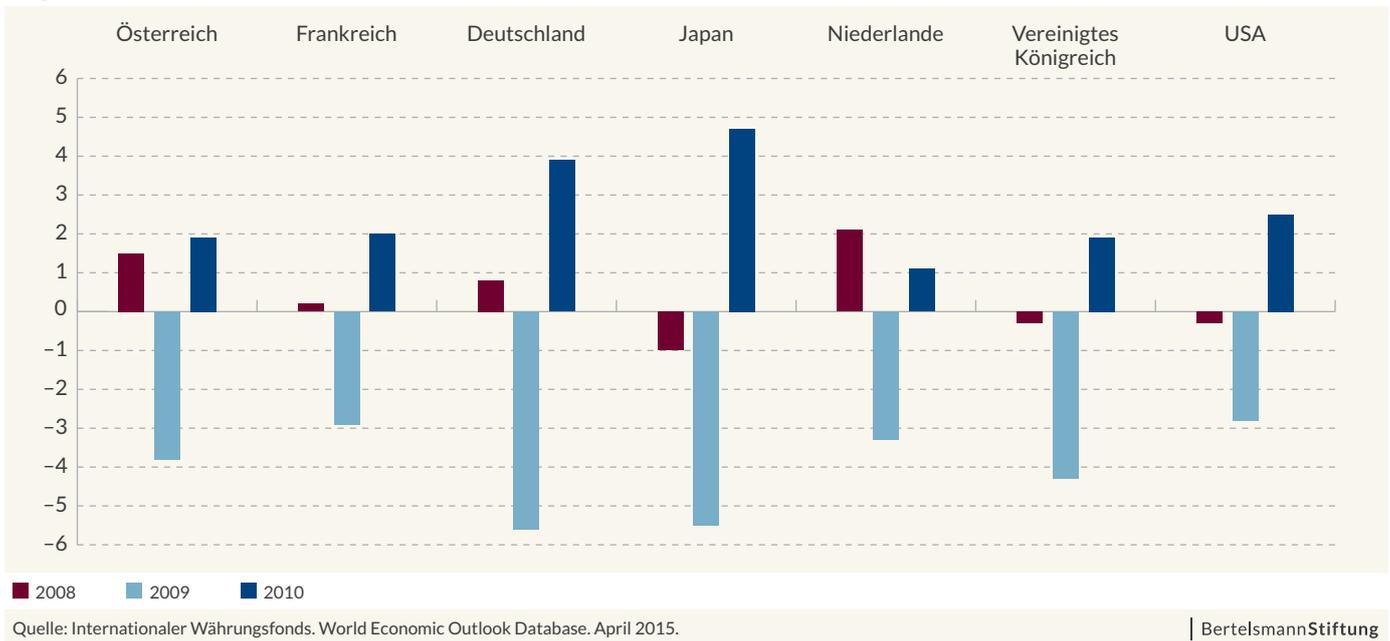
wenn gleichzeitig die deutschen Exportüberschüsse kleiner werden. Solange Deutschland seine Binnennachfrage nicht steigert, sondern an hohen und ggf. sogar noch steigenden Exportüberschüssen festhält, können die Leistungsbilanzdefizite der übrigen Volkswirtschaften nicht reduziert werden.

4.3. EXPORTABHÄNGIGKEIT ERHÖHT ABHÄNGIGKEIT VON GLOBALER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft hat zur Folge, dass die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands besonders stark von der weltweiten Konjunktorentwicklung abhängt. Dies wird vor allem bei einem starken **Einbruch der Weltwirtschaft** deutlich: Als es im Zuge der Lehman-Pleite zu einem globalen Rückgang der Produktion und des grenzüberschreitenden Handels kam, litten Länder mit einem hohen Exportüberschuss überdurchschnittlich stark unter einer Verringerung des Bruttoinlandsprodukt. So schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2009 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als fünf Prozent. In Japan lag der Rückgang in gleicher Höhe. In den USA, in denen die globale Rezession ihren Ursprung hatte, schrumpfte die Wirtschaftsleistung hingegen nur um weniger als drei Prozent (siehe Abb. 5).

Abbildung 5: Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in 2008 bis 2010 in ausgewählten Ländern

Angaben in Prozent



Die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Nachfrage des Auslands zeigt sich auch an den Reaktionen auf die nachlassende Wirtschaftsdynamik in China. In den letzten Jahrzehnten wuchs die chinesische Wirtschaft selbst in Krisenzeiten (Asien- und Russland-Krise 1997/98, Platzen der Dotcomblase 2000/01, Lehman-Pleite 2008/09) mit zum Teil zweistelligen Wachstumsraten. Zwischen 1992 und 2014 lag die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in China nach Angaben des Internationalen Währungsfonds bei etwas über zehn Prozent (siehe Abb. 6). Für die kommenden Jahre wird jedoch eine Abschwächung dieser Wachs-

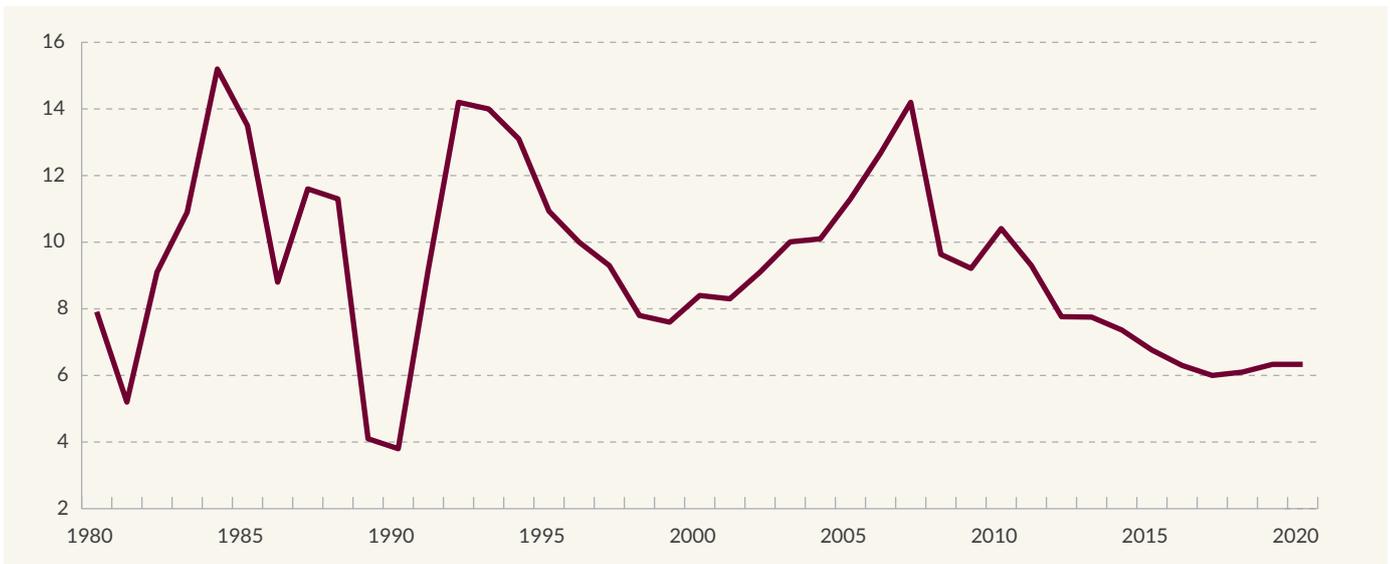
tumsdynamik erwartet. Der Internationale Währungsfonds geht bis 2020 von jährlichen Wachstumsraten im Bereich zwischen sechs und 6,8 Prozent aus.

Das erwartete geringere chinesische Wachstum hat vor allem in Deutschland die Befürchtung hervorgerufen, dass es zu einem wirtschaftlichen Abschwung im eigenen Land kommen könnte. Neben der Befürchtung, dass die Exporte nach China abnehmen, gibt es weitere Dominoeffekte:

- Für die **südostasiatischen Volkswirtschaften** ist China ein wichtiger Abnehmer. Eine geringere

Abbildung 6: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in China zwischen 1980 und 2020

Angaben in Prozent. Daten ab 2013: Schätzdaten.



Quelle: Internationaler Währungsfonds. World Economic Outlook Database. April 2015.

| BertelsmannStiftung

- Nachfrage Chinas nach Produkten aus den südostasiatischen Volkswirtschaften reduziert dort die Absatz Erwartungen, also auch Produktion und Investitionen.
 - Das geringere chinesische Wirtschaftswachstum drosselt die Nachfrage nach Rohstoffen. Für die **Rohstoff exportierenden Länder**, allen voran Russland und Südamerika, bedeutet dies nicht nur ein geringeres Exportvolumen, sondern zusätzlich auch fallende Rohstoffpreise. Damit sind dramatische Einbrüche bei den Exporterlösen verbunden, die das Wachstum abbremsen.
 - Die wirtschaftliche Schwäche der Schwellenländer schlägt schließlich auch auf die **entwickelten Industrienationen** durch. Diese können weniger exportieren. Die Verschlechterung der Absatzchancen wirkt sich negativ auf die heimischen Investitionen aus. Sinkende Exporte und Investitionen schwächen das Wachstum, sodass auch ein Beschäftigungsabbau mit einer Schwächung der Konsumnachfrage einhergeht.
- Unter den Industrienationen sind die Länder mit hohen Exportüberschüssen am stärksten von der nachlassenden Wirtschaftsdynamik Chinas betroffen. Ohne die gewohnten Exportüberschüsse

drohen Produktion und Beschäftigung zurückzugehen. Produktions- und Beschäftigungsrückgänge lassen sich nur verhindern, wenn der Nachfragerückgang, der aus sinkenden Exporten resultiert, durch eine höhere heimische Nachfrage der Konsumenten und Investoren kompensiert wird. Falls dieser Ausgleich nicht erfolgt, schlägt der in Abschnitt 2.1. skizzierte Nachfrage- mangel auf die heimische Produktion und Beschäftigung durch.

4.4. LEISTUNGSBILANZDEFIZIT ZUR ERHÖHUNG DER PRODUKTIONSKAPAZITÄTEN

Bei der Beurteilung von Leistungsbilanzsalden ist schließlich noch zu berücksichtigen, dass Leistungsbilanzdefizite trotz der bereits geschilderten nachteiligen Effekte auch einen ökonomischen Vorteil haben.

Für Länder mit geringen Produktionskapazitäten kann ein temporäres Leistungsdefizit sinnvoll sein. Diese Länder erhalten von Überschussländern wie Deutschland Güter und Dienstleistungen, mit denen sie die eigenen Produktionsmöglichkeiten erhöhen können. Die zwischenzeitliche Verschuldung im Ausland dient also der **Vergrößerung** der eigenen **Produktionskapazitäten** und kann daher als eine Investition in die Zukunft angesehen werden. Finanziert wird dieses Vorgehen von Ländern mit einem Exportüberschuss.

4.5. ZWISCHENFAZIT

Auch wenn also weder Leistungsbilanzüberschüsse noch Leistungsbilanzdefizite per se negativ zu bewerten sind, hat die EU-Kommission im März 2014 die deutschen Exportüberschüsse kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert, dieser Entwicklung entgegenzusteuern (vgl. European Commission 2014: 13 f.). Verantwortlich dafür dürfte vor allem der Umstand sein, dass die deutschen Exportüberschüsse sich mittlerweile verfestigt haben, also **dauerhaft** geworden sind. Dies liegt wiederum daran, dass der zentrale Mechanismus zum Abbau eines Exportüberschusses – die Aufwertung der heimischen Währung – seit der Euro-Mitgliedschaft außer Kraft gesetzt worden ist. Notwendig sind daher andere wirtschaftspolitische Maßnahmen.

5. STRATEGIEN ZUM ABBAU DES EXPORTÜBERSCHUSSES

Ein Abbau der deutschen Leistungsüberschüsse lässt sich über eine Steigerung der Binnennachfrage und eine Erhöhung der Importe erreichen. Für beide Strategien gibt es eine Reihe von einfachen Lösungsvorschlägen, die jedoch kaum wirksam sein dürften.

5.1. EINFACHE LÖSUNGEN SIND NICHT ERFOLGVERSPRECHEND

Eine häufig genannte Maßnahme zur Steigerung der Binnennachfrage in Deutschland sind stärkere Lohnzuwächse zur Ankurbelung der Konsumnachfrage. Diese lassen sich jedoch nicht durch staatliche Maßnahmen erreichen, denn in Deutschland ist die Lohnfindung Aufgabe der Tarifparteien. Lediglich der seit dem 1. Januar 2015 geltende flächendeckende gesetzliche Mindestlohn stellt ein staatliches Instrument dar, das die Massenkaukraft und mit ihr die Konsumnachfrage steigern kann. Allerdings herrscht Unsicherheit darüber, wie viele Beschäftigte hiervon betroffen sind und wie hoch eventuelle Arbeitsplatzverluste ausfallen (vgl. dazu Bellmann et al 2015: 3-7).

Hinzu kommt, dass die im zweiten Abschnitt erwähnte Lohnzurückhaltung seit 1995 in den letzten Jahren nicht mehr festzustellen ist. Zwischen 2010 und 2013 stiegen die realen Bruttolöhne je Arbeitsstunde sogar stärker als die reale Stundenproduktivität. Auch für die kommenden Jahre kann erwartet werden, dass die **Phase der**

Lohnzurückhaltung beendet ist. Grund dafür ist vor allem der demographische Wandel, der zu einer Verknappung des Faktors Arbeit führt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 10). Gleichzeitig aber ist auch davon auszugehen, dass die Lohnungleichheit zwischen wenig und viel verdienenden Beschäftigten weiter zunehmen wird (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b: 32-42). Damit werden größere Teile des gesamtgesellschaftlichen Einkommens an einkommensreiche Haushalte fließen, die sich durch hohe Sparquoten auszeichnen. Daher ist nicht davon auszugehen, dass die private Konsumnachfrage so stark ansteigt, dass sie einen Leistungsbilanzausgleich herbeiführt.

Eine zweite denkbare Maßnahme wäre eine Reduzierung der **Sparquote** der privaten Haushalte und damit eine Steigerung der Konsumnachfrage. Da allerdings die Beschäftigten in Deutschland vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte verstärkt eine private Altersvorsorge betreiben müssen, wäre diese Maßnahme langfristig betrachtet kontraproduktiv.

Eine Steigerung der Binnennachfrage lässt sich auch durch eine Erhöhung der **Investitionen** erreichen. Deutschlands Investitionsquote – also die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – gilt als zu gering (vgl. Bach et al 2013a). Trotz der augenblicklich guten wirtschaftlichen Entwicklung vertritt Marcel Fratzscher,

Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, folgende These: „Die große Schwäche Deutschlands sind die fehlenden Investitionen“ (Fratzcher 2013: 18). Höhere Investitionen, die die Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Wertschöpfung sind, wären also nicht nur ein Instrument zum Abbau der deutschen Exportüberschüsse, sondern zudem ein Beitrag zur Stärkung der langfristigen ökonomischen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Allerdings sind die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten auch hier begrenzt. Wenn den Investoren die Renditeerwartungen im Inland zu gering sind, kann der Staat in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft keine höheren Investitionen verordnen. Hilfreich könnten Steuerermäßigungen für Investitionen sein. Steuererleichterungen führen jedoch zu sinkenden Staatseinnahmen, die einen Anstieg der Staatsverschuldung bewirken. Angesichts des bisher erreichten gesamtstaatlichen Schuldenstands und der beschlossenen Schuldenbremse ist dies kein gangbarer Weg. Eine **kreditfinanzierte Steigerung der staatlichen Ausgaben** für Güter und Dienstleistungen scheidet somit ebenfalls aus.

5.2. NOTWENDIG IST EIN MASSNAHMENMIX

Auch wenn die skizzierten Lösungsansätze wenig Aussicht auf Erfolg haben,

ist die Wirtschaftspolitik nicht vollkommen handlungsunfähig. Hierfür bieten sich fünf Maßnahmen an, die jedoch zum Teil relativ massive Veränderungen des Status quo darstellen und zudem erhebliche Verteilungswirkungen haben können.

Der **erste Ansatzpunkt** betrifft die Dynamisierung des **Dienstleistungssektors** in Deutschland. Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Dienstleistungssektor nicht nur in Deutschland relativ stark reguliert ist. Mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt sollte die 2006 in Kraft getretene EU-Dienstleistungsrichtlinie die Prinzipien des Binnenmarktes auch auf den gesamten Bereich der Dienstleistungen übertragen. Tatsächlich aber stellte sich bei der letzten Überprüfung der Umsetzung dieser Richtlinie heraus, dass EU-weit rund 34.000 Rechtsvorschriften existieren, die einen grenzenlosen Austausch von Dienstleistungen behindern (vgl. Jungclaussen 2014: 39). Dies hat zur Folge, dass Dienstleistungen in der EU zwar rund 70 Prozent der wirtschaftlichen Wertschöpfung ausmachen, aber nur 20 Prozent des Handels zwischen den EU-Mitgliedstaaten (vgl. Eich und Vetter 2013: 14).

In Deutschland ist die Regulierung des Dienstleistungssektors besonders hoch. In ihrem Wirtschaftsbericht für Deutschland aus dem Jahr 2012 stellte die OECD beispielsweise fest, dass Deutschland unter 27 OECD-Ländern die sechststärkste Regulierung aufweist. Zurückzuführen ist dies

vor allem auf die Regulierungen im Bereich der freien Berufe (Regulierung von Werbung, Preisen und Honoraren sowie Beschränkung der Zusammenarbeit zwischen Angehörigen einzelner Berufe, vgl. OECD 2012: 30). Im Wirtschaftsbericht 2014 „rangiert Deutschland in Bezug auf den Restriktionsgrad der Regulierung unter 33 OECD-Ländern an 19. Stelle, was sowohl auf rigide Standesregeln als auch auf hohe Marktzutrittsschranken zurückzuführen ist“ (OECD 2014: 88).

Ansatzpunkte für eine Dynamisierung der Dienstleistungsbranche sind daher die Aufhebung oder zumindest Lockerung dieser Beschränkungen. Die Beseitigung dieser und anderer Zugangsbeschränkungen lässt eine Steigerung der Produktivität erwarten, die auch mit einem Anstieg der gezahlten Löhne und Gehälter einhergehen sollte, ebenso eine Erhöhung der Investitionen. Höhere Investitionen und eine einkommensinduzierte Zunahme der Konsumnachfrage würden dann über eine Erhöhung der Binnennachfrage die deutschen Exportüberschüsse reduzieren (vgl. OECD 2012: 30 und OECD 2014: 30).

Ein **zweiter Ansatzpunkt** besteht aus einer Steigerung der deutschen **Importe**. Traditionelle Instrumente dafür sind Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse. Als Mitglied der Europäischen Union sind Deutschlands Handlungsspielräume hier jedoch begrenzt. Möglich wäre aber ein Abbau – oder sogar die vollständige Abschaffung –

der Subventionen im Bereich der Landwirtschaft. Derartige Subventionen stellen eine Wettbewerbsverzerrung dar, die zu Lasten der ausländischen Anbieter landwirtschaftlicher Produkte geht. Der Subventionsabbau würde die Wettbewerbschancen der restlichen Länder, die derartige Produkte auf dem Weltmarkt anbieten, erhöhen.

Im Ergebnis ist zu erwarten, dass Deutschland dann vermehrt landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland importieren würde. Dies würde vor allem Importe aus den südeuropäischen Krisenländern sowie Schwellen- und Entwicklungsländern betreffen, für die diese Produkte besonders wichtig sind. Der damit einhergehende Anstieg der deutschen Importe hätte dann einen Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses zur Folge und würde zudem die Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Krisenländer verringern. Der Abbau dieser Wettbewerbsverzerrung würde damit auch zu einem **stärkeren inklusiven Wachstum auf internationaler Ebene** führen.

Ein **dritter Ansatzpunkt** ist eine stärkere **finanzielle Belastung** der Nutzung **natürlicher Ressourcen** und für CO₂-Emissionen, um die damit verbundenen negativen externen Effekte zu internalisieren (vgl. z. B. OECD 2014: 27). Dies würde den Anreiz erhöhen, die Produktion in Deutschland auf umwelt- und ressourcenschonende Verfahren umzustellen. Notwendig dafür wäre eine höhere Besteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen bzw.

eine CO₂-Steuer. Kurzfristig erhöht dies die Produktionskosten deutscher Anbieter und verschlechtert so ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, was einen Abbau der Exportüberschüsse erwarten lässt.

Mittel- und langfristig kann dieser Produktionswandel jedoch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ausbauen. Angesichts der Begrenztheit nicht erneuerbarer Ressourcen und der mit dem Ausstoß von Treibhausgasen verbundenen globalen Erwärmung ist eine Umstellung auf erneuerbare Energien und ressourcenschonende Produktionsverfahren langfristig sowieso unumgänglich. Die Volkswirtschaften, die die dafür notwendigen Technologien zeitnah entwickeln und einsetzen, würden sich damit als Weltmarktführer etablieren. Daher gilt: Wer den weltweiten Wettkampf um den Umstieg auf erneuerbare Energien „gewinnt, schafft Arbeitsplätze, kann Technologie in die ganze Welt exportieren und einen entscheidenden Standortvorteil gegenüber anderen Industrienationen gewinnen“ (Alt 2006: 31). Die damit verbundene Umstellung der Finanzierungsbasis des Staates weg vom Faktor Arbeit und hin zum Faktor Umwelt würde zudem über die Reduzierung der Lohnnebenkosten die Nachfrage nach Arbeit erhöhen und somit die Beschäftigung steigern. Dadurch lassen sich kurzfristige Arbeitsplatzverluste in exportorientierten Branchen zumindest teilweise kompensieren.

Gleichzeitig ist die Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft hin zu umwelt- und ressourcenschonenden Produktionsverfahren mit erheblichen **Investitionen** in entsprechende Technologien verbunden. Diese Investitionen erhöhen die heimische Nachfrage und können daher in der Lage sein, den Nachfragerückgang der sinkenden Exporte zu kompensieren. Die mittel- und langfristig unumgängliche Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft würde somit die deutschen Exportüberschüsse abbauen, ohne Produktion und Beschäftigung einbrechen zu lassen.

Der **vierte Ansatzpunkt** besteht aus einer **Steuerreform**, bei der höhere Einkommen stärker belastet und geringere Einkommen entlastet werden. Hier ist vor allem an die steuerliche Entlastung „des Faktors Arbeit für Geringverdiener“ zu denken (vgl. OECD 2014: 26 f.). Dieses Vorgehen würde die Kaufkraft von Personen mit einer hohen Sparneigung an Personen mit einer hohen Konsumneigung transferieren. Damit wäre eine Steigerung der Binnennachfrage verbunden, die für einen Abbau des deutschen Leistungsbilanzüberschusses notwendig ist, denn die gegenwärtige ungleiche Einkommensverteilung „bremst den privaten Konsum“ (Brenke und Wagner 2013: 110). Eine derartige Reform der Besteuerung würde aber mit einer höheren Besteuerung von Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit einhergehen und so die Anreize für Investitionstätigkeiten verringern.

Um einen unerwünschten Investitionsrückgang abzumildern, könnte ein Teil der Steuermehreinnahmen verwendet werden, um über steuerliche Anreize das Investieren für **private Investoren** in Deutschland attraktiver zu gestalten.

Alternativ könnte der Staat die Mehreinnahmen zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben einsetzen, also beispielsweise „zu einer besseren finanziellen Ausstattung des Bildungssektors oder für Investitionen in die Infrastruktur“ (Brenke und Wagner 2013: 116). Damit könnte es gelingen, die Ersparnisse, die momentan im Ausland angelegt werden, teilweise nach Deutschland umzuleiten und dort die erwähnte Investitionsschwäche zu beheben. Außerdem würde eine Zunahme der Investitionen in Deutschland über eine Steigerung der Binnennachfrage einen zusätzlichen Beitrag zur Reduzierung der Exportüberschüsse leisten. Ein **fünfter Ansatzpunkt** betrifft daher die **Steigerung der öffentlichen Investitionen**. Es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen es gesellschaftliche Bedarfe gibt, die wegen einer zu geringen privaten Rendite jedoch nicht von privaten Investoren durchgeführt werden. Es handelt sich um Investitionsaktivitäten, die den Charakter eines öffentlichen Gutes haben oder die positive externe Effekte aufweisen. In beiden Fällen kommt es bei einer reinen Marktlösung systematisch zu einer Unterversorgung (siehe Box 3), sodass ein staatliches Eingreifen notwendig wird.

BOX 3 | ÖFFENTLICHE GÜTER UND POSITIVE EXTERNE EFFEKTE

Ein **öffentliches Gut** zeichnet sich im Wesentlichen dadurch aus, dass keine Rivalität im Konsum besteht, d. h. dass der Konsum eines Gutes durch eine Person nicht alle anderen Personen vom Konsum dieses Gutes ausschließt. Beispiele für öffentliche Güter sind Radio- und Fernsehsendungen, Straßenlaternen oder die militärische Verteidigung. Ein reines öffentliches Gut zeichnet sich darüber hinaus dadurch aus, dass keine Person vom Konsum dieses Gutes ausgeschlossen werden kann – entweder weil der Ausschluss technisch nicht möglich ist (Sonnenlicht) oder weil er mit so hohen Kosten verbunden ist, dass er nicht zweckmäßig ist (Landstraßen). Wegen der fehlenden Ausschlussmöglichkeit werden öffentliche Güter nicht auf einem Markt gehandelt. Niemand würde für den Erwerb des öffentlichen Gutes Geld ausgeben, sondern darauf warten, dass andere dieses Gut erwerben und es dann ebenfalls nutzen. Hier muss der Staat als Anbieter einspringen.

Ein **positiver externer Effekt** liegt vor, wenn der private Nutzen einer ökonomischen Entscheidung geringer ist als deren gesamtgesellschaftlicher Nutzen. Typische Beispiele für diese Effekte sind Bildung und Kultur, Umwelt- und Klimaschutz sowie viele Gesundheitsleistungen, vor allem präventive Maßnahmen. Eigeninteressierte Wirtschaftssubjekte beziehen in ihre Entscheidung lediglich die privaten Vorteile ein und wählen daher ein Aktivitätsniveau, das gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen zu gering ist, weil sie die vollen Kosten der Entscheidung tragen, aber für die Erträge, die bei anderen Gesellschaftsmitgliedern anfallen, keine monetäre Gegenleistung erhalten. Auch diese Form des Marktversagens verlangt staatliches Eingreifen. Es äußert sich vor allem in einer staatlichen Beteiligung an der Finanzierung der entsprechenden Aktivitäten. Im Idealfall übernimmt der Staat dabei Kosten, die der Höhe der gesamtgesellschaftlichen zusätzlichen Vorteile entsprechen.

Beispiele für Bereiche, in denen es einen gesellschaftlichen Bedarf an staatlichen Investitionen gibt, sind u. a.:

- Der Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Wasser- und Schienenwege).
- Die Netzinfrastruktur in den Bereichen Energie, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Breitbandausbau.
- Der Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien (sowohl Energieerzeugung als auch Stromnetze) und der Umbau von Gebäuden zur Erhöhung der Wärmedämmung.
- Der Ausbau des Bildungssektors in allen Bildungsbereichen, vor allem der frühkindlichen Bildung, aber auch der schulischen Bildung, der universitären Ausbildung sowie der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Neben entsprechenden Infrastrukturausgaben sind hier auch die Personalausgaben zu berücksichtigen.
- Die Durchführung von Grundlagenforschung und die Entwicklung von Basisinnovationen, d. h. die Entwicklung grundlegender Technologien, die die gesamte Wirtschaft eines Landes betreffen (vgl. Box 4).
- Maßnahmen zum Umgang mit der globalen Erwärmung, z. B. der Küsten- und Hochwasserschutz, der klimaangepasste Umbau öffentlicher Gebäude und die Bereitstellung von Bewässerungssystemen zur Sicherung der Trink- und Kühlwasserversorgung im Fall klimabedingter Dürreperioden.
- Generelle Maßnahmen zur Risikovorsorge, z. B. vor Schäden durch zunehmende Wetterextreme und andere Naturkatastrophen (vgl. Munich RE 2015: 48 ff.), vor wirtschaftlichen Schäden durch das Platzen von Spekulations- und Kreditblasen und eine bessere Vorbereitung auf den Ausbruch von Pandemien (vgl. dazu Allianz Deutschland AG 2009).
- Maßnahmen zur besseren Integration von Migrant:innen.

BOX 4 | DER UNTERNEHMERSTAAT

Mariana Mazzucato vertritt in ihrem Buch „Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“ eine aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft. Sie geht davon aus, dass die großen radikalen Innovationen, die die wirtschaftliche Dynamik in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften vorangetrieben haben, nicht von Unternehmen, sondern vom Staat realisiert wurden: „... bei den meisten radikalen, revolutionären Innovationen, die den Kapitalismus vorangetrieben haben – von der Eisenbahn über das Internet bis aktuell zur Nanotechnologie und Pharmaforschung – kamen die frühesten, mutigsten und kapitalintensivsten ‚unternehmerischen‘ Innovationen vom Staat“ (Mazzucato 2014: 13).

Die aktive Rolle des Staates für Wachstum und wirtschaftliche Dynamik betrifft vor allem Basistechnologien. Hierbei handelt es sich um Technologien, die sich in viele Wirtschaftssektoren ausbreiten, die im Lauf der Zeit immer besser und zudem günstiger werden und die ihrerseits die Erfindung und Herstellung neuer Produkte und Verfahren erleichtern. Beispiele dafür sind Luftfahrt, Raumfahrt, Atomkraft, Internettechnologien und Informationstechnologien (vgl. Mazzucato 2014: 85). Private Unternehmen sind zu Investitionen in solchen Technologien nicht bereit, weil die Unsicherheit bezüglich des wirtschaftlichen Erfolgs zu groß ist und weil die Zeitdauer, die bis zur Marktreife und zum Erzielen von Gewinnen vergeht, zu lang ist. Der private Sektor investiert in der Regel nur in Produkte, die innerhalb von drei bis fünf Jahren wettbewerbsfähig sind, Basistechnologien wie z. B. die Nanotechnologie benötigen jedoch zehn bis 20 Jahre und mehr bis zur Marktreife (vgl. Mazzucato 2014: 52 und 112). Private Unternehmen sind daher nicht in der Lage, diese Innovationen durchzuführen.

So ist beispielsweise das Internet „aus einem kleinen Netzwerkprojekt des Verteidigungsministeriums (ARPANET) entstanden“ (...), bei dem es darum ging, ein Dutzend Forschungsanlagen in den Vereinigten Staaten zu vernetzen“ (Mazzucato 2014: 86).

Auch Silicon Valley verdankt seine Existenz in erheblichem Umfang der staatlichen Finanzierung und der Prioritätensetzung des Militärs im Rahmen der Verteidigungspolitik des Kalten Krieges (vgl. Mazzucato 2014: 86). Selbst der Erfolg von Apple basiert auf staatlichen Aktivitäten. Die hohen Gewinne entstanden, „(...) weil Apple von den massiven staatlichen Investitionen in die ‚revolutionären‘ Technologien profitierte, die das iPhone und das iPad überhaupt erst möglich machten: das Internet, GPS, Touchscreen-Displays und Kommunikationstechnologien. Ohne diese staatlich finanzierten Technologien hätte es keine Welle gegeben, auf der Apple tollkühn reiten könnte“ (Mazzucato 2014: 116).

Im Ergebnis bedeutet die Stärkung der heimischen Nachfrage durch eine Intensivierung der staatlichen Investitionen ein neues Staatsverständnis und eine **Neujustierung der Wirtschaftspolitik**. In vielen entwickelten Industrienationen wurde die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik Ende der 1970er Jahre durch eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik abgelöst. Kern dieser wirtschaftspolitischen Ausrichtung ist eine Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen durch Kosten- und Steuersenkungen, Flexibilisierungen der Arbeits- und Gütermärkte und Beschränkung staatlicher Aktivitäten auf wenige Kernaufgaben (vgl. Adam 2014: 107).

Wenn jedoch der wachstumsfördernde Effekt eines auf wenige Aufgaben reduzierten Staates nicht mehr auftritt, gibt es für diese wirtschaftspolitische Entscheidung auch keine ökonomische Rechtfertigung mehr. Notwendig wird dann eine modifizierte Angebotspolitik, bei der ein starker und **handlungsfähiger Staat** durch einen Ausbau der staatlichen Infrastrukturangebote die Wachstumskräfte stärkt. Dies setzt auch eine stabile Einnahmehbasis voraus, damit der Ausbau staatlicher Angebote nicht zu einem Anstieg der Staatsverschuldung führt.

6. FAZIT UND AUSBLICK

Leistungsbilanzüberschüsse sind ebenso wie Leistungsbilanzdefizite **zunächst** einmal per se **weder gut noch schlecht**. Sie sind das Resultat autonomer ökonomischer Entscheidungen von Konsumenten und Produzenten und spiegeln somit deren Präferenzen wider. Wenn ein Land mit hohen Produktionskapazitäten und Preisvorteilen einen Exportüberschuss erwirtschaften kann und die Konsumenten bereit sind, unter ihren Verhältnissen zu leben und stattdessen lieber Vermögen gegenüber dem Ausland aufbauen wollen, ist ein Leistungsbilanzüberschuss nicht zu verurteilen. Gleiches gilt für eine Gesellschaft, die in der Gegenwart über ihre Verhältnisse lebt und bereit ist, in der Zukunft die Zeche für diesen übermäßigen Konsum zu zahlen. Beide Situationen sind zudem unproblematisch, wenn Wechselkursanpassungen dazu führen, dass Leistungsbilanzungleichgewichte im Zeitablauf wieder abgebaut werden.

Problematisch wird es jedoch, wenn Leistungsbilanzungleichgewichte nicht das Ergebnis freier individueller Entscheidungen sind oder wenn die **Ausgleichsmechanismen blockiert** werden, sodass ein automatischer Leistungsbilanzausgleich – vor allem durch eine Aufwertung der heimischen Währung im Fall eines Exportüberschusses – verhindert wird. Letzteres gilt für die deutschen Exportüberschüsse. Ein wirtschaftspolitisches Gegensteuern wird dann notwendig, weil dauerhafte Leistungsbilanzungleichgewichte – wie oben beschrieben – für alle beteilig-

ten Länder ein Problem werden können. Das hier skizzierte Maßnahmenbündel, das selbstverständlich noch präzisiert werden müsste, könnte dazu einen Beitrag leisten. Kern dieses Maßnahmenbündels ist eine Stärkung der Binnennachfrage, vor allem im Bereich der staatlichen Investitionen.

Länder mit hohen und dauerhaften **Leistungsbilanzdefiziten** sind dabei nicht aus der Pflicht zu entlassen. Sie müssen alles daran setzen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Produktionskosten der heimischen Anbieter zu senken.

Der Abbau der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sollte dabei **nicht** so **abrupt** erfolgen, dass er zu massiven Produktions- und Beschäftigungseinbußen in Deutschland führt. Ein Wirtschaftseinbruch in Deutschland hätte zur Folge, dass Europa seine Konjunkturlokomotive verliert und damit auch andere europäische Volkswirtschaften Wirtschaftseinbrüche hinnehmen müssten. Von dieser Entwicklung würde niemand profitieren.

7. LITERATUR

- Adam, H. „Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen“. *Wirtschaftsdienst* 94 2014. 104–111.
- Aichele, R., G. Felbermayr und I. Heiland. „Der Wertschöpfungsgehalt des Außenhandels: Neue Daten, neue Perspektiven“. *ifo Schnelldienst* (66) 5 2013. 29–41.
- Allianz Deutschland AG. *Leben mit der Pandemie*. München 2009.
- Alt, F. *Zukunft Erde – Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?* Berlin 2006.
- Bach, S. et al. „Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren“. *DIW-Wochenbericht* (80) 26 2013a. 3–5.
- Bach, S. et al. „Wege zu einem höheren Wachstumspfad“. *DIW-Wochenbericht* (80) 26 2013b. 6–17.
- Bellmann, L. et al. „IAB-Betriebspanel: Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben“. *IAB-Kurzbericht* 6 2015. Nürnberg 2015.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Zunehmende Lohnungleichheit in Deutschland: Welche Rolle spielt der internationale Handel?* Gütersloh 2015a.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Lohn- einkommensentwicklungen 2020 – Eine Vorausberechnung der Einkommensentwicklung in Branchen, Haushalten und Einkommensgruppen für Deutschland*. Gütersloh 2015b.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion – Szenarienrechnungen bis zum Jahr 2025*. Gütersloh 2013.
- Brenke, K., und G. G. Wagner. „Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum“. *Wirtschaftsdienst* 93 2013. 110–116.
- Coricelli, F, F. R. Ravasan und A. Wörögötter. „The Origins of The origins of the German current account surplus: Unbalanced productivity growth and structural change“. *Centre for Economic Policy Research Discussion Paper Series No. 9527*. London 2013.
- Eich, T., und S. Vetter. „Der EU-Binnenmarkt nach 20 Jahren – Erfolge, unerfüllte Erwartungen und weitere Potenziale“. *EU-Monitor Europäische Integration*. Frankfurt am Main 2013.
- European Commission. *Results of in-depth reviews under Regulation (EU) No 1176/2011 on the prevention and correction of macroeconomic imbalances*. Brüssel. 5.3.2014.

- Fratzscher, M. „Sieben Fragen an Marcel Fratzscher“. *DIW-Wochenbericht* (80) 26 2013. 18.
- Hauptmann, A., und H.-J. Schmeerer. „Wer profitiert vom deutschen Exportboom?“ *IAB-Kurzbericht* 20 2012. Nürnberg 2012.
- Jungclaussen, J. „Hört auf die Briten! Innerhalb von Europa sollten Dienstleistungen endlich frei handelbar sein“. *Die Zeit* 14 2014. 39.
- Kuhn, A. „Made in the World – Internationale Handelsströme neu vermessen“. *STAT-magazin: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* 3 2013.
- Mazzucato, M. *Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*. München 2014.
- Munich RE. *Topics Geo 2014 – Naturkatastrophen 2014: Analysen, Bewertungen, Positionen*. München 2015.
- OECD. *OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014*. Paris 2014.
- OECD. *OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2012*. Paris 2012.
- Petersen, T. „Fünf Gründe, warum sich Industrieländer auf eine säkulare Stagnation vorbereiten sollten“. *Ökonomenstimme* (www.oekonomenstimme.org/artikel/2015/09/fuenf-gruende-fuer-die-kommende-saekulare-stagnation/).
- Petersen, T. *Fit für die Prüfung: Außenwirtschaft – Lernbuch*. Konstanz/München 2013a.
- Petersen, T. „Leistungsbilanzungleichgewichte und Mechanismen des Leistungsbilanzausgleichs“. *Das Wirtschaftsstudium* 42 2013b. 64–68.
- Statistisches Bundesamt. *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Inlandsproduktberechnungen*. Lange Reihen ab 1970. Fachserie 18 Reihe 1.5 für das Jahr 2014). Wiesbaden 2015.
- Räth, N., und A. Braakmann. „Bruttoinlandsprodukt 2013“. *Wirtschaft und Statistik* 1 2014. 9–25.
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.). *Die Bedeutung der deutschen Industrie für Europa*. München 2014.

IMPRESSUM

© 2015 Bertelsmann Stiftung
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Dr. Thieß Petersen

Lektorat
Sibylle Reiter

Bildnachweis
AVTG / iStockphoto.com

Grafikdesign
Nicole Meyerholz, Bielefeld

Infografiken
Jürgen Schultheiß, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

GED-Team

Programm Nachhaltig Wirtschaften
Telefon +49 5241 81-81353
ged@bertelsmann-stiftung.de
www.ged-project.de

www.bertelsmann-stiftung.de